



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

März 2022

Die Waffen nieder!



Kundgebung am russischen Konsulat am 24. Februar Foto Christiane Schneider

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe:
Freitag, 01.04.2022

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Putins Krieg beenden	S. 2
Bericht Trauerfeier für Tilman	S. 3
Treffen im Bürgerhaus am 20.01.	S. 4
Feministischer Kampftag 8. März	S. 5
St. Georg: Aktiv gegen Verdrängung	S. 7
Auf den Spuren von Karl Marx	S. 10
Sozialstaatsprinzip	S. 11
Normenkontrolle	S. 11
Arbeitslosengeld Plus	S. 12
Termine / Kontakt	S. 13

Putins Krieg sofort beenden – keine Aufrüstung der Bundeswehr!



Montage: Wolfgang Strauß

Der lupenreine Demokrat Putin (Gerhard Schröder) hat sich als ganz gewöhnlicher Imperialist und Kriegsherr geoutet. Alle Verhandlungen und Gespräche der vergangenen Wochen dienten offenbar der Vorbereitung des Überfalls auf die Ukraine, der inzwischen sogar das Existenzrecht in Gänze abgesprochen wird. Besonders pervers der Anspruch, das Land „entnazifizieren“ zu wollen. Sicher gibt es Nazis in der Ukraine, genauso wie in Russland. Sicher befindet sich die Ukraine im Würgegriff von privatkapitalistischen Oligarchen, genauso wie Russland. Nur dass sich Putin mit seinen Oligarchen wesentlich besser versteht, solange sie nach seiner Pfeife tanzen. Kurzum: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, aber Putin glaubt sich das leisten zu können.

Nichts kann den Überfall auf die Ukraine rechtfertigen, nicht die Geschichtsklitterung des Autokraten und auch nicht dessen reale „Sicherheitsinteressen“. Soldaten sind Mörder, auch in diesem Fall. Menschen dürfen nicht im Interesse irgendeiner Staatsraison getötet werden und schon gar

nicht für Wirtschafts- oder Machtinteressen. Das war und ist hoffentlich Konsens in unserer Partei. Der Krieg muss unverzüglich beendet werden und den Menschen in der Ukraine muss geholfen werden. Aber nicht mit noch mehr Waffen, mit denen noch mehr Menschen getötet werden.

Wir müssen den Krieg auf das schärfste verurteilen und allen Kriegstreibern weiter entgegentreten. Aber das heißt natürlich nicht, dass wir plötzlich die NATO unterstützen, dass wir Waffenexporte gutheißen oder gar mit Truppen in den Konflikt einsteigen sollten. Im Gegenteil: Die Partei muss in aller Klarheit den Vielen entgegentreten, die jetzt Aufrüstung der Bundeswehr fordern, die nicht mehr zwei, sondern inzwischen drei Prozent des Sozialprodukts für Rüstung ausgeben wollen. Rüstung ist tödlich. Und sie macht die Armen ärmer, die Reichen reicher.

Es ist schon erschreckend, wie Politiker*innen und Journalist*innen, die gestern noch Diplomatie und Verhandlungen als das Mittel der Wahl ansahen, nun plötzlich schon immer wussten, dass die Bundeswehr zu schwach ist, dass „wir“ sie kaputt gespart haben und jetzt endlich aus unserer Wohlfühlblase auftauchen müssten. Um was zu tun? Unsere Freiheit an der Wolga verteidigen?



DIE LINKE am 24.2. vor dem russischen Konsulat
Foto: Christiane Schneider

Keinen Fußbreit den Militaristen!

Bernhard Stietz-Leipnitz

Gedenkfeier für Tilman Rosenau am 6.2.22



Am 6.2.22 fand die Trauerfeier für Tilman in der Alevitischen Gemeinde Hamburg statt. Der Leiter der Gemeinde eröffnete die Veranstaltung mit einer kurzen Rede, in der er betonte wie groß die Sympathie für DIE LINKE ist. Danach eröffnete Uwe Everding-Böhm trotz gesundheitlicher Einschränkungen, mit dem Lied „Das Leben ist endlich“. Dieses Lied hatte er anlässlich des Todes von Christine Wolfram komponiert und nun mit einer weiteren Strophe ergänzt:

Es war nicht immer einfach, dich zu verstehen
Diese Welt mit deinen Augen klar und deutlich zu sehen

Doch Zeit für dich zu nehmen, hat sich immer gelohnt,

Denn in deinem Herzen hat die Ehrlichkeit gewohnt

Dieses Herz war so empfindlich und voller Mitgefühl.

Aber oft war der Lebensschmerz für dieses Herz auch zu viel

Du hast uns so oft Verständnis gegeben.

Der Sache, an die wir glauben, gehörte dein Leben.

Uwe Everding-Böhm gab danach noch eine Stellungnahme ab, in der er seine jahrelange freundschaftliche Verbundenheit mit Tilman darlegte und über einige gemeinsame Aktivitäten zusammen mit Tilman berichtete.

Uli Ludwig ergriff danach das Wort. Er war ebenfalls ein guter Freund von Tilman und berichtete über diese Freundschaft mit einer kleinen Präsentation. Er ging auch auf den Konflikt zwischen Tilman und der Bezirksfraktion ein.

Olga Fritsche, die die Veranstaltung moderierte, berichtete, dass sie Tilman auch schon länger gekannt hat, aus der Zeit in der sie ebenfalls Fraktionsgeschäftsführerin einer anderen Bezirksfraktion war. Sie bedauerte, dass sie erst so spät vom Konflikt zwischen Tilman und der Bezirksfraktion gehört hatte. Sie hätte hier gerne zu einer Konfliktlösung beigetragen.

Norman Paech erinnerte daran, dass Tilman jahrelang ein engagiertes Mitglied der Redaktion der „Debatte“ war. Dies machte Tilman großen Spaß.

Es folgten noch Musik von Alexander Benthin und Franziska Hildebrand sowie weitere Redebeiträge.

Es war insgesamt eine sehr anrührende und würdevolle Veranstaltung zu Ehren von Tilman.



Auf der folgenden Internetseite gibt es Bilder von der Gedenkveranstaltung und ein Video über Tilman mit der Hintergrundmusik von Uwe Everding-Böhm (Das Leben ist endlich)

<https://www.die-linke-hamburg-mitte.de/partei/stadtteilgruppen/billstedt/tilman/>

Wolfgang Strauß für die BO-Billstedt

Bericht vom Treffen von Mitgliedern der LINKEN Hamburg am 20. Januar im Bürgerhaus Wilhelmsburg



Nachdem der Hamburger Landesparteitag, der eigentlich am Wochenende vom 20./21. Januar hätte stattfinden sollen, zum wiederholten Male abgesagt wurde, haben die Genossinnen und Genossen, die als Koordinierungskreis den Antrag an den Landesparteitag zu den Aufgaben der LINKEN auf den Weg gebracht hatten, zu einem Treffen der Mitglieder der Hamburger LINKEN in den Großen Saal des Bürgerhaus Wilhelmsburg eingeladen. Mehr als 60 Genossinnen und Genossen folgten am Freitagabend der Einladung.

In der Eröffnung machten Metin Kaya und Florian Muhl deutlich, dass es in der aktuellen Krisenzeit Aufgabe der LINKEN ist, offensiv die Alternative zur kapitalfreundlichen Politik der Regierenden zu vertreten und linke Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit zu geben. Dafür ist es unabdingbar, (in Präsenz) zusammenzukommen und gemeinsam zu beraten.

Für weitere Einleitungsbeiträge waren die Genossin Marianne Linke (ehem. Sozialministerin in MV, Agrarmeteorologin) aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern sowie Norman Paech (Prof. für Öffentliches und Völkerrecht, ehem. außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag) aus Hamburg gekommen und sprachen in ihren Eröffnungsbeiträge zur Lage der

Partei sowie zu aktuellen friedenspolitischen Herausforderungen.

Angesichts der verschärften Konfrontationspolitik der NATO gegen Russland und China wurde die große Bedeutung einer klaren friedenspolitischen Orientierung der LINKEN deutlich gemacht und auch, dass es nötig ist, sich dafür anzulegen statt bei der Regierung anzubiedern: „Opposition muss nerven, und wenn sie nicht nervt, dann ist sie keine Opposition!“

Innerparteiliche Tendenzen, dass Funktionäre die Partei als ihr Eigentum betrachten und eine gläserne Decke zwischen sich und der Basis versuchen zu installieren, wurden scharf kritisiert und in der Diskussion die Perspektive der Wiederaneignung der Partei durch uns als Mitglieder ausgemacht.

In der anschließenden intensiven und ausgiebigen Diskussion wurde deutlich, dass die Partei sich für eine klare linke Opposition gemeinsam orientieren muss. Das ist mit einem vernünftigen Hygienekonzept auch unter den gegebenen Bedingungen möglich und nötig!

Folglich wurde am Ende der Versammlung eine Initiative vereinbart, den Landesparteitag am 25./26. März in Präsenz einzufordern.

Die Eingangsbeiträge können hier nachgeschaut und weiterverbreitet werden:

<https://www.youtube.com/watch?v=eX3I0okJrJw>

Eine weitere Veranstaltung dieser Art zu Grundrechten und Corona-Politik ist für den Februar bereits in Planung.

Florian Muhl, Ruben Hittmeyer und Arthur Brückmann

Frauen* aller Länder, wir streiken!

Wir, DIE LINKE, schließen uns dem Aufruf des Bündnis Frauenstreik an, um uns gemeinsam zur Wehr zu setzen und ökonomischen sowie gesellschaftlichen Druck aufzubauen. Weltweit kämpfen Feminist*innen für eine bessere Welt und wir rufen zum Frauen*streik/ Feministischen Kampftag am 8. März auf! Der Einsatz für den Frieden war immer auch Teil feministischen Protests. Er ist es bis heute. Wir stehen solidarisch an der Seite der vielen Frauen, Lesben, Trans-, Inter-, Nichtbinären und Agender Personen und rufen auch unsere Mitglieder auf, sich an den Protesten zum Internationalen Frauen*Kampftag zu beteiligen.

Der Internationale Frauenkampftag ist aus der politischen Arbeiter:innenbewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts entstanden. Erstmals kam die Hauptforderung und der Gedanke für den "Frauenkampftag" von der deutschen sozialistischen Politikerin und Frauenrechtlerin Clara Zetkin. Am 27. August 1910 forderte sie das aktive und passive Wahlrecht für Frauen. Auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen kämpfte sie für die Einführung eines internationalen Frauenkampftages. Erstmals hatte sich der Frauenkampftag 1911 in zunächst vier europäischen Ländern (Dänemark, Deutschland, Österreich, Schweiz) sowie in den USA durchgesetzt. Nun kämpfen wir heute wie damals gegen Patriarchat und Kapitalismus.

Aufruf zum Feministischen Kampftag am 8.3.

Überlastet, ungesehen, un(ter)bezahlt. Wir kämpfen! Gemeinsam gegen Patriarchat und Kapitalismus!

Wir das Hamburger Bündnis zum internationalen 8. März Streik sind Frauen, Lesben, Inter-, Nichtbinäre, Trans- und Agender Menschen (FLINTA*) mit und ohne Behinderung. Unsere bezahlte und unbezahlte Arbeit hält während der Pandemie die Gesellschaft am Laufen und das unter schlechten Bedingungen. 2022 verdienen Frauen* immer noch fast 20 Prozent weniger als Männer und leisten zugleich mehr unbezahlte Arbeit zu Hause. Gewalt gegen uns steigt seit Jahren, Sexismus ist Alltag und die Paragraphen 218 und 219a kriminalisieren weiterhin Schwangerschaftsabbrüche. Es kann so nicht weiter gehen! Weltweit kämpfen Frauen* für eine bessere Welt. Am 8. März solidarisieren wir uns in Deutschland mit den Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst.

Überlastet, ungesehen, un(ter)bezahlt

Ob Kita, Krankenhaus oder Altersheim: In den Pflege- und Sorgeberufen arbeiten bis zu 90% Frauen*. Doch es fehlt an Personal, Material, geeigneten Räumen und Zeit, um uns ordentlich um die Menschen zu kümmern. Wir kommen an unsere körperlichen und psychischen Grenzen. Auch die Kindererziehung, Wäsche waschen oder die Pflege von Angehörigen ma-

Hamburger Bündnis
zum internationalen

8.M

Feministischer
Kampftag

Demos und Kundgebungen

08.03.22

**Überlastet,
ungesehen,
un(ter)bezahlt**

17 Uhr Sterndemos zum
Jungfernstieg

18:30 Uhr Kundgebung
am Jungfernstieg

alle infos auf:
Twitter
@8MHamburg
Instagram
@fstreikhamburg
Facebook
@FStreikHamburg
Webseite
<https://fstreikhamburg.org>

a.e.n.d.i.e.w

chen wir. Wir machen es unbezahlt, und es wird weder gesehen noch anerkannt. Es reicht! Wir fordern Anerkennung, ausreichende Bezahlung und bessere Bedingungen für bezahlte sowie unbezahlte Sorgearbeit.

Feministisch kämpfen!

In diesem Jahr am feministischen Kampftag solidarisieren wir uns mit den Beschäftigten in Kitas, der Behindertenhilfe und anderen sozialen Einrichtungen. Wir wollen die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit, die wir täglich leisten, niederlegen und gemeinsam mit den Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen.

Wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, in der nicht Ausbeutung und Profite im Vordergrund stehen, sondern das Gute Leben für alle sowie gegenseitige Fürsorge und Wertschätzung.

Gemeinsam gegen Patriarchat und Kapitalismus

In unserer profitorientierten Gesellschaft dienen Sorgearbeiten – ob unsichtbar zu Hause oder unterbezahlt in der Pflege – nur dazu, Menschen fähig für den Arbeitsmarkt zu machen und denen, die keiner Lohnarbeit nachgehen können, ein Überleben zu sichern. Es geht nicht um das Wohl der Menschen, sondern um die Steigerung von Profiten. Darunter leiden wir alle, vor allem die Beschäftigten, die systematisch ausgebeutet werden. Diese Bedingungen haben System, denn patriarchale Strukturen werden durch kapitalistische Strukturen reproduziert und verstärkt!

Am 8. März erheben wir unsere Stimme für Menschen, die keinen Zugang zu Gesundheits- und Bildungssystem, Trinkwasser und Hygienemitteln haben, die besonders unter den Folgen der Klimakrise leiden und deren Kämpfe und Tote hier ungesehen bleiben.

Weltweit sind vor allem Frauen* von diesen Problemen betroffen und sie sind es ebenso, die diese Probleme bekämpfen. Deswegen solidarisieren wir uns mit den antipatriarchalen, antikapitalistischen und antikolonialistischen Kämpfen unserer Schwestern und Freund*innen im globalen Süden und in anderen Regionen der Welt!

Ein Beweis dafür, dass ein Leben jenseits des kapitalistischen Patriarchats möglich ist, ist die Frauenrevolution in Rojava, die auf Geschlechterbefreiung, Ökologie und Basisdemokratie basiert. Die Angriffe des Erdogan-Regimes und dessen dschihadistischen Verbündeten auf die Revolution richten sich gegen die von Frauen* aus aller Welt erreichten Errungenschaften gegen Faschismus, Patriarchat, Kapitalismus, (Neo-)Kolonialismus und andere Unterdrückungsformen. Die Frauenrevolution in Rojava ist bunt, feministisch und international.

Lassen wir nicht zu, dass sie zerstört wird!

Wir wissen, dass wir uns unsere Befreiung nur selbst erkämpfen können. Organisieren wir uns, um dem kapitalistischen Individualismus die Stirn zu bieten und zu zeigen, dass wir viele sind! Kämpfen wir gegen strukturelle Diskriminierungen, Sexismus, Rassismus, patriarchale Gewalt und die systematische Ausbeutung von Mensch und Natur! Dafür, dass wir ein selbstbestimmtes und sicheres Leben in einer solidarischen und gerechten Gesellschaft führen können.

Wir fordern und kämpfen für

- das Ende der Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen*
- eine Gesellschaft frei von Homo- und Transfeindlichkeit, Heteronormativität sowie
- individuellem und strukturellem Rassismus
- das Ende jeglicher struktureller, physischer, sexualisierter, verbaler und psychischer Gewalt, von Belästigungen und Übergriffen bis hin zu Mord
- Anerkennung, ausreichende Bezahlung und bessere Bedingungen für bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit
- eine Schließung der Lohnlücke zwischen den Geschlechtern und gleiche Bezahlung von allen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- körperliche Selbstbestimmung und Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen: Abschaffung von §218 und §219a
- Aufwertung und Wertschätzung von Haus- und Sorgearbeit durch eine konsequente Veränderung

im Pflege- und Carearbeitsbereich, u.a. durch angemessene Gehälter und mehr Personal

- soziale Rechte, partnerunabhängiges Bleiberecht und Staatsbürger*innenschaft für alle.

Schließt euch an und kämpft am 8. März mit uns gegen die Gewalt von Kapitalismus und Patriarchat und für ein gutes Leben für alle!

Wohin am 8. März?

Sternmarsch und Kundgebungen am 8. März:

16:30/ 17:00 Sterndemos von verschiedenen Startpunkten: Achtung: Einige Startpunkte sind zum Teil noch nicht genehmigt und können sich noch ändern!

Auch für Cis-Männer besteht die Möglichkeit sich solidarisch am Feministischen* Kampftag außerhalb der Demo zu beteiligen! Einfach melden unter:

8m_hamburg@riseup.net

16:30 Sternschanze – Thema: FLINTA* Kämpfe international, mit Gemeinsam kämpfen, Rojbin Frauenrat, Tejiendo Redes y Rebeldías, Ende Gelände Hamburg, ZORA – Junge Frauen gegen Krise und Ausbeutung, Mujeres en Movimiento, Dafi, Gemeinsam Organisieren (FLINTA* only)

17:00 Gerhart-Hauptmann-Platz – Thema: Femizide und Gewalt gegen Frauen* mit LAG Feminismus – Die LINKE, LAG Queer- Die LINKE, biff Eimsbüttel/Altona, Evangelisches Frauenwerk Hamburg-West/Südholstein Frauenwerk der Nordkirche, Women of Color Performancegruppe Arrivati, Mädchentreff Schanze, LFR HH, Netzwerkstelle Lesben* in Hamburg, (FLINTA* only)

17:00 Dammtor – Thema: Sozial-und Erziehungsdienst/Pflegenotstand, mit ROSA, DIDF, DIDF Jugend, Internationaler Jugendverein, Migrantinnenbund, Grüne Jugend, Feministischer Aufruf Hamburg (All Gender)

17:00 Heidi-Kabel-Platz – Thema: trans* und Sexarbeiter:innen Block mit enby:galctic+trans:tastic, Sexarbeiter:innen, Verdi Frauen, Femrep, TIN (All Gender)

17:00 Reeperbahn – Thema: wütende Demo gegen das Patriarchat mit queerfem AG, Interventionistische Linke (IL), Efras, GROW, Falken (all gender)

18:30 Uhr Kundgebung am Jungfernstieg (FLINTA* only, das bedeutet: Die Abschlusskundgebung ist für alle, die sich als Frauen LesbenInter Nonbinär Trans Agender verstehen (Wir freuen uns über eigenständige und achtsame Einschätzungen vor Ort).

Zusammenstellung: **Nora Stärz** LAG Feminismus - Die LINKE, Mitglied und Teil des Hamburger Bündnis zum internationalen 8. März Streik

Aktiv gegen Mietenexplosion und Verdrängung in St. Georg

Von Michael Joho



Kürzlich gesehen auf der Veddel (Foto: M. Joho)

St. Georg hat in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten eine gigantische, von der Stadt gewollte und flankierte Aufwertungs- und Verdrängungswelle erlebt.¹ Seit Ende der 1990er Jahre hat es hier einen erheblichen Bevölkerungsaustausch gegeben. Hunderte bezahlbare Miet- sind der Umwandlung in teure Eigentumswohnungen zum Opfer gefallen, bis es nach gut zehnjährigem Protest Anfang 2012 endlich gelungen war, eine Soziale Erhaltungsverordnung samt Umwandlungsverordnung für größere Teile, längst nicht das ganze St. Georg zu erlassen. Klar war von Anfang an, dass eine solche (Doppel-) Verordnung keineswegs das rapide Anwachsen der Mieten stoppen könnte. Aber immerhin sollte sie der unbegrenzten Verdrängung durch Umwandlungen einen Riegel vorschieben, besagt der einer solchen Verordnung zugrunde liegende § 172 Baugesetzbuch (BauGB) doch, dass damit „zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung“ beigetragen würde. Habe ich zumindest lange gedacht und gehofft. Aber das Kapital und insbesondere die Immobilienbranche ist schlau und hat längst Schlupflöcher gefunden, auch in Gebieten mit einer Sozialen Erhaltungsverordnung die Schäfchen ins Trockene zu bringen. Und die verantwortliche Politik und Verwal-

tung kommt nicht hinterher oder will dies womöglich auch gar nicht.

Nehmen wir den jüngsten Fall in St. Georg: das Haus Danziger Straße 47/51, für das im Februar 2021 beim Bezirksamt Hamburg-Mitte ein Antrag auf Umwandlung der Miet- in Eigentumswohnungen gestellt und auf der Basis von § 172 Abs. 4 Satz 3 Nr. 6 BauGB wenige Wochen später genehmigt wurde. Die 15 Mietparteien erhielten im April 2021 Post, wonach ihre Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt worden seien und sie nun noch sieben Jahre Zeit hätten, ihre Wohnung selbst zu kaufen, bevor sie dann auf dem Wohnungsmarkt angeboten würden. Wegen des in diesem Land völlig fehlenden Mieter:innenschutzes für Gewerbetreibende erhielten die Inhaber:innen der vier Läden im Erdgeschoss ihre Kündigungsschreiben bereits zum Jahresende 2021, ohne jegliche Vorab-Kommunikation der Eigentumsclique.

Der Fall Danziger Straße 47/51 ist ein Drama für diese Menschen. Sie stehen, teils nach Jahrzehnten, vor ihrem Rauswurf: die Inhaber:innen der urigen Läden und einer Nachbarschaftskneipe schon in Kürze, die Wohnungsmieter:innen zwar später, aber sie werden erleben, wie schnell sich die Verhältnisse im Haus für sie zum Schlechteren wenden. Und das alles nur, weil eine Erbin (Anette Gaedcke) bzw. Erbegemeinschaft mal eben so entschieden hatte und das Bezirksamt die Umwandlung durchwinken musste. Das ist ein Unding, sozial absolut verwerflich und nicht hinnehmbar, erst recht in einem Gebiet mit einer Sozialen Erhaltungsatzung. Hier zeigt sich einmal mehr, dass die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verboten gehört – wie es DIE LINKE schon lange fordert –, sowieso in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten wie in Hamburg. Und dass es in aufwertungsbedrohten Quartieren eines sehr viel stärkeren Mieter:innenschutzes von AnwohnerInnen und Kleingewerbetreibenden bedarf, als es eine Soziale Erhaltungsverordnung bislang hergibt.

Einmal mehr will ich hier auf eine seit Jahren überfällige Änderung des § 172 Abs. 4 Satz 3 Nr. 6 BauGB eingehen, so wie ich es schon einmal im „MitteN Mang“ vom Januar 2021 gemacht habe.² Dieser Paragraph konterkariert den an sich

¹ Wen die frühere Entwicklung interessiert, schaut in den Artikel „St. Georg: Soziale Verdrängung als Leitmotiv“, 2013 für das von Gerd Pohl und Klaus Wicher herausgegebene Buch „Hamburg: Gespaltene Stadt? Soziale Entwicklungen in der Metropole“ (S. 158-181):

<https://gw-stgeorg.de/wp-content/uploads/2021/05/BuchbeitragsSozialeSpaltungStGeorg9-13Final.pdf>.

²https://www.die-linke-hamburg-mitte.de/fileadmin/bv_mitte/MittenMang/2021/MitteN Mang_01_21.pdf.

positiven Gedanken, durch geeignete Maßnahmen zur „Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung“ beizutragen. Denn er zwingt die Behörde zur Genehmigung einer Umwandlung, wenn „sich der Eigentümer verpflichtet, innerhalb von sieben Jahren ab Begründung von Wohnungseigentum Wohnungen nur an die Mieter zu veräußern“. Selbst unter Berücksichtigung des dann noch anstehenden fünfjährigen Kündigungsschutzes kann ich aus eigener Erfahrung voraussagen, dass die allerwenigsten Mieter:innen diesen scheinbar langen Zeitraum an der Danziger Straße überdauern werden. Wie sehr es einer Reformierung des besagten

dieser Art gab) eine solche Praxis? Eine Praxis, mit der eine Umwandlung quasi nicht mehr zu verhindern ist... In St. Georg kommt der Katastrophen-Paragraph jedenfalls zum ersten Mal seit Erlass der Sozialen Erhaltungsverordnung 2012 zum Einsatz. Und auf die Frage, was denn das Bezirksamt noch tun könne, um die mittelfristige Verdrängung der Mieter:innen zu verhindern, räumte dieses jüngst etwas umständlich ein: „Zusammen mit den Genehmigungsprüfungen von baulichen Maßnahmen respektive Änderungen in Gebieten mit Sozialer Erhaltungsverordnung nach § 172 BauGB stehen dem Bezirksamt Hamburg-Mitte Regelungsinstrumente des öffentlichen

Rechtes zur Verfügung, die einer strukturellen Verdrängung von Mieterinnen und Mietern entgegen wirken.“⁴ Was im Klartext heißt, dass in den kommenden Jahren Luxusmodernisierungen in den Mietwohnungen ausgeschlossen sind, dass aber der Verdrängung nur auf einer seeeehr allgemeinen, eben „strukturellen“ Ebene entgegengewirkt werden kann. Also de facto fast gar nicht. Von den Kleingewerbetreibenden einmal ganz abgesehen, die haben überhaupt keine Rechte.



Diese Perspektive ging durch den Blätterwald: Heike Sudmann im anklagenden Protest gegen das Hochjubeln der Hamburger Wohnungspolitik durch Bundesbauministerin Geywitz und Stadtentwicklungssenatorin Stapelfeldt (Foto: M. Joho)

Paragraphen bedarf, das belegen die Zahlen der vergangenen letzten Jahre. Über eine Schriftliche Kleine Anfrage (SKA) von Heike Sudmann ergab sich, dass dieser § 172 Abs. 4 Satz 3 Nr. 6 BauGB beim einsamen Spitzenreiter Altona alleine zwischen 2015 und 2019 für sage und schreibe 306 Wohneinheiten zur Anwendung kam.³ Droht jetzt auch für den Bezirk Hamburg-Mitte (wo es zwischen 2015 und 2019 „nur“ 36 Fälle

³ Drs. 22/2078 vom 17.11.2020, Anlage; https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73298/umwandlung_von_miet_in_eigentumswohnungen.pdf.

⁴ SKA zur „neuen Verdrängungswelle in St. Georg“, Drs. 22/7298 vom 15.2.2022; https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/78870/neue_verdraengungswelle_in_st_georg.pdf.

Und so bleibt eigentlich nichts anderes, als die Verhältnisse anzuklagen und politisch Druck zu entwickeln. So wie es schon einmal geschehen ist, als der Stadtteil ein halbes Jahr um seine Traditionsbuchhandlung Wohlers kämpfte, nachdem dem gleichnamigen Ladeninhaber im Frühjahr 2012 die Ladenmiete unbezahlbar verdreifacht wurde. Damals konnte zwar nicht der Verbleib des Buchladens in der Langen Reihe 68 erreicht werden, aber kurz vor Toresschluss beteiligten sich rund 100 Anwohner:innen am Umzug in die neuen Räume an der Langen Reihe 38. Genau ein Jahrzehnt später wappnet sich der alternative „Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.“ für eine neue Runde gegen Aufwertung und Verdrängung, gegen Mietenexplosion und Umwandlungen.

Zu der allgemeinen Situation in St. Georg sollte vielleicht noch einiges ergänzt werden. Binnen weniger Jahre ist das Hauptbahnhofviertel zu einem der zehn teuersten Stadtteile Hamburgs geworden. Das Immoportal „wohnungsboerse.net“ gibt den aktuellen Vermietungspreis mit 17,02 Euro/Quadratmeter netto kalt an, fast drei Euro über der Hamburger Durchschnittsmiete von 14,11 Euro.⁵ Erst ansatzweise absehbar ist die Erhöhungslawine, die durch den Mitte Dezember vorgelegten „Hamburger Mietenspiegel 2021“ ausgelöst wird. Um 7,3 % ist die Durchschnittsmiete seit 2019 angewachsen, entgegen allen Schönredereien des Senats der höchste Anstieg seit mehr als einem Vierteljahrhundert. Und ganz nebenbei wurden auch noch mehrere Straßenabschnitte u.a. in der Koppel, in der Schmilinskystraße und im St. Georgs Kirchhof von der normalen in die „gute“ Wohnlage hochgruppiert, was eine zusätzliche Mietensteigerung von 50 bis 100 und mehr Euro pro Monat bedeuten kann.⁶ Und was hat die Stadt in Sachen Neubau, also für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums unternommen? Von 2011 bis 2020 sind in St. Georg immerhin 987 Wohneinheiten fertiggestellt worden, doch nur 190 (= 19,25 %) als Sozialwohnungen im 1. Förderweg, aber 316 (= 32,02 %) als Eigentumswohnungen, der Rest als teuer frei finanzierte Wohnungen. So viel zum eh schon

umstrittenen „Drittmix“, aber selbst den hat der Senat nicht einmal ansatzweise in St. Georg realisieren können, eine weitere Facette der sozialen Verdrängung von Menschen von kleinem oder mittlerem Haushaltseinkommen. Die Lage ist angespannt, und nun kommt also das neueste Verdrängungsvorhaben in der Danziger Straße 47/51 dazu, was die Februar-Ausgabe der Stadtteilzeitung „Der lachende Drache“ mit der schönen Parole und der Ansgar-Statue sowie dem Mariendom im Rücken so kommentierte: „Herr, erlöse uns von solchen Hauseigentümer*innen!“ Zunächst bis zur nächsten Sitzung des Stadtteil-



beirats St. Georg am 27. April um 18.30 Uhr (evtl. schon wieder in Präsenz in der Heinrich-Wolgast-Schule am Carl-von-Ossietzky-Platz) wird es in den kommenden Wochen einige Aktionen geben. Zentral wird dabei sicher eine Informations- und Diskussionsveranstaltung am 24. März um 19.00 Uhr im Haus der kirchlichen Dienste (Danziger Straße 66) sein. Vertreter:innen des Mietervereins, aus Bezirk und Parteien sollen sagen, wie sie sich eine andere, eine soziale Wohnungs- und Mietenpolitik für St. Georg vorstellen. Zwei Tage später, am 26. März soll es dann anlässlich des bundesweiten „Housing Action Days“ eine Kundgebung vor dem Gebäude Danziger Straße 47/51 geben. Wir sehen uns!

⁵ S. die Daten unter

<https://www.wohnungsboerse.net/mietspiegelHamburg/3195>

⁶ Wer weitere Daten sucht und über die Entwicklung in St. Georg im Bilde bleiben möchte, schaut in den monatlich erscheinenden „Lachenden Drachen“: <https://evstgeorg.de/drachen/>

Auf den Spuren von Karl Marx

Bekanntermaßen lebte Karl Marx im Londoner Exil, nachdem die reaktionäre preußische Regierung seine Ausweisung 1845 auch in Frankreich durchsetzte. Nach einem Aufenthalt in Brüssel,



wo unter anderem 1848 das Manifest der Kommunistischen Partei veröffentlicht wurde. Nach Marx' Verhaftung im Zuge der Februarrevolution 1848 und einem kurzen Zwischenstopp in Paris, wo ihm ebenfalls Haft angedroht wurde, siedelte er ein Jahr später nach London um, wo sich bis zu seinem Tod sein Wohnsitz befand. Zeitweise auf die finanzielle Unterstützung durch Friedrich Engels angewiesen, ging Marx in London seinen journalistischen und publizistischen Tätigkeiten nach und führte rege Korrespondenz. Er lebte an verschiedenen Adressen Londons, vor allem in Soho. Viele Häuser wurden im Laufe der Zeit zerstört oder abgerissen. Die meiste Zeit verbrachte er in einem Haus im nördlichen Stadtteil Camden Town. Zu dieser Zeit arbeitete er maßgeblich am zweiten und dritten Band des Kapitals. Heute erinnert nichts mehr an seine dortige Präsenz, außer einer Plakette, angebracht am Ort seines Wohnhauses mit folgender Aufschrift:

„KARL MARX 1818-1883 PHILOSOPH

Lebte und starb in einem Haus
auf diesem Grundstück 1875-1884“.

Unweit von seinem letzten Wohnort entfernt, liegt Marx begraben. Auf seinem Grabmal, welches sich auf dem sehr schaurigen und verwucherten Friedhof Highgate Cemetery befindet und von der kommunistischen Partei Großbritanniens in Auftrag gegeben wurde, stehen folgende Zitate: „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch“ aus dem das

Manifest der Kommunistischen Partei und die 11. These über Feuerbach „Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt drauf an, sie zu verändern“.

Friedrich Engels unterteilte während seiner Grabrede für Marx seine wissenschaftlichen Analysen in zwei Kategorien von Erkenntnisgewinnen. Einerseits hob er das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte hervor, das die Produktionsweise als Grundlage für Staat, Recht und Kultur betrachtet und nicht umgekehrt. Andererseits entdeckte Marx das spezielle Bewegungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise, das den Weg für eine bürgerliche Gesellschaft ebnete.



Möge uns die 11. These über Feuerbach auch für unsere politische Arbeit in Hamburg Mitte eine Inspiration für eine praktisch linke Arbeit sein, die den Bezirk positiv verändert!

Von unserem zeitweiligen Londoner Korrespondenten

Patrick Walkowiak

ALG II/ HARTZ IV contra Sozialstaatsprinzip Art.1 GG als einziges schrankenloses Grundrecht

Der in §1 I SGB II aufgeführte Wortlaut, dass der Bezug der Grundsicherung aus ALG II leistungsberechtigten Arbeitssuchenden ermöglicht, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht, ist so nicht richtig und als äußerst fragwürdig zu betrachten. Art.1 S.2 GG beschreibt, dass die Würde des Leistungsberechtigten als Mensch besonders zu achten und zu schützen ist, als die Verpflichtung aller staatlicher Gewalt aus dem Grundgesetz. Die Jobcenter der Leistungsverwaltung gehören der vollziehenden Gewalt an.

Demnach müssten die Jobcenter als Leistungsträger nach Art.1 S.3 GG hieran auch gebunden sein.

Die in §1 I SGB II normierten Aufgaben und Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden für die Leistungsberechtigten bei weitem nicht erfüllt und verletzen diese in ihren Rechten aus Art.1 II GG. Vielmehr beschreibt Art.1 S.1 GG die Würde des Menschen und also auch des Leistungsberechtigten von ALG II als unantastbar. Art.1 GG ist ein schrankenloses Grundrecht für alle Leistungsberechtigten § 7 SGB II von ALG II. Demnach müssten also alle Leistungsberechtigten von ALG II auskömmlich leben können. Vielmehr ist aber der derzeitige Regelsatz § 20 SGB II nicht als auskömmlich anzusehen. Er deckt die Lebenshaltungskosten der Leistungsberechtigten bei weitem nicht in voller Höhe in Anbetracht stark steigender Lebenshaltungskosten seit 2004. Das SGB II und ALG II sind ein Flickenteppich

ständig neu hinzugekommener und gestrichener Paragrafen. Das Ziel wurde nicht erreicht und das jetzige ALG II ist in das bereits ausgearbeitete Arbeitslosengeld Plus umzuwandeln (analog der Arbeitslosenhilfe vor 2004). § 1 I SGB II ist auf seine Verhältnismäßigkeit Art.20, 28 I GG hin zu überprüfen. Mehr dazu unter diesen Links als Herkunftsquellen:

<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/verhaeltnismaessigkeitsgrundsatz-50224>

<https://www.juraforum.de/lexikon/verhaeltnismaessigkeit>

<https://www.juraindividuell.de/pruefungsschemata/der-verhaeltnismaessigkeitsgrundsatz/>

https://www.jura.fu-berlin.de/studium/lehrplan/projekte/hauptstadtfaeelle/tipps/Uebersicht_-Die-Verhaeltnismaessigkeitspruefung-in-der-Fallbearbeitung/index.html

Im Grundrechtskatalog von Art.1 GG bis Art.20 GG haben viele andere Grundrechte sogenannte Schranken durch Gesetze. Man kann gewiss Grundrechte einschränken, aber eben nur bis zu einer bestimmten Grenze. Diese Grenze wurde seit Einführung von ALG II jedoch schon mehrfach, wiederholt und ständig überschritten. Die derzeitige Fassung von ALG II in Form von § 1 SGB II verstößt für alle Betroffenen gegen Art.1 I, III GG, hier das Sozialstaatsprinzip und gegen Art.20 GG den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, auch Übermaßverbot genannt.

Roberto Perez Hagen

Normenkontrollverfahren §47 VwGO bzgl. § 1 SGB II HARTZ IV ALG II Grundsicherung für Arbeitslose von 2004

Es ist hier nun 2022 einmal die Zeit gekommen gegen § 1 I SGB ein Normenkontrollverfahren nach § 47 VwGO anzustreben. Da jedoch nur Betroffene selbst etwas dagegen tun können, sollten sich eben diejenigen, die es beziehen und aktuelle Probleme mit ihren zuständigen Jobcentern haben, von der in Art.19 IV GG verankerten Rechtsweggarantie Gebrauch machen. Selbstverständlich ist es auch möglich für Bezieher von ALG II einen Antrag auf Prozesskostenhilfe beim zuständigen Verwaltungsgericht/Sozialgericht zu stellen. Die **Prozesskostenhilfe** ist eine staatliche Unterstützung für Menschen, die nur wenig Geld oder Vermögen haben. Die **Prozesskostenhilfe** bezahlt die Kosten für Ihren Anwalt oder Ihre Anwältin und die Kosten für ein Gerichtsver-

fahren. Sie bekommen **Prozesskostenhilfe** entweder als Zuschuss oder als Kredit. Näheres an Infos gibt es unter diesem Links hier als mögliche Hilfen für Betroffene die derzeit Probleme beim und mit dem Bezug von ALG2 über ihre Jobcenter haben:

<https://www.familienratgeber.de/rechte-leistungen/rechte/prozesskostenhilfe.php>

https://www.bmj.de/DE/Themen/GerichtsverfahrenUndStreitschlichtung/Prozesskostenhilfe/Prozesskostenhilfe_node.html

<https://de.wikipedia.org/wiki/Prozesskostenhilfe>

<https://www.hamburg.de/oera/40502/prozesskostenhilfe/>

<https://www.youtube.com/watch?v=1i6k-QiWgvw>

https://www.youtube.com/watch?v=leu_wNF0cPQ

<https://www.youtube.com/watch?v=yqgCclMGwvY>

Seit der Einführung 2004 von ALG II als die damalige Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, mussten bis 2022 zahlreiche Änderungen im SGB II vorgenommen werden. Derartige Änderungen, Neuerungen, Ergänzungen erkennt man immer daran, wenn ein Paragraph neu eingefügt wurde oder gestrichen wurde. Neuerungen erkennt man immer daran, dass dem Paragraphen ein Buchstabe wie etwa a, b, c, d, e usw. hinzugefügt wurde. Wenn viele derartige solcher Zeichen in einem Gesetz stehen, dann ist es oftmals so, dass es vorab bei der Anwendung eines solchen Gesetzes wie etwa dem SGB II rechtliche Probleme gab, die durch die Gerichte korrigiert werden mussten. Oder aber von Seiten der Gesetzgebung/Opposition entsprechende Änderungen ausgearbeitet und vorgelegt wurden, so dass dann darüber abgestimmt wurde. Auch als Opposition kann eine Partei eben Politik machen.

https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_2/

Bei den nun hier aufgeführten Links soll nun anschaulich einmal gezeigt werden, wie Recht entsteht in Form von Gesetzen:

https://www.jura.fu-berlin.de/studium/lehrplan/projekte/hauptstadtfaelle/tipps/Gliederung-Normenkontrollantrag_-47-Abs_-1-VwGO/index.html
<https://www.juraindividuell.de/pruefungsschemata/47-vwgo-normenkontrolle-verwaltungsrecht/>
<https://jura-online.de/lernen/normenkontrollverfahren-47-vwgo/190/excursus>
https://www.jura.uni-frankfurt.de/43547061/Juristische_Arbeitstechnik
Wie man dort sieht ist Jura sehr abstrakt, jedoch kein Hexenwerk unter diesen Links:
<https://www.uni-augsburg.de/de/fakultaet/jura/lehrende/moellers/aktuelles/neuaufgabe-juristische-arbeitstechnik/>
<https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/PSRXSWIFF7Q2AAJTBX5W7JMMYSSG7QA2>

Mit einfachen Worten ausgedrückt bedeutet Jura sozusagen, dass man lernt abstrakt zu denken.

Roberto Perez Hagen

Hartz IV ALG II abschaffen und dafür Arbeitslosengeld Plus

Das 2004 unter der SPD eingeführte ALG II hat seinen Zweck bis heute nicht erfüllt.

Näheres u.a. auch wie die politischen Begründungen sind unter dem hier folgenden Link zu finden: <https://www.linksfraktion.de/themen/az/detailansicht/hartz-iv/> aus Sicht der LINKEN als Opposition. Dieses fehlerhafte Konstrukt ALG II ist mit unserem Sozialstaatsprinzip aus Art.20 I GG nicht vereinbar. Näheres ist unter dem hier folgenden Link zu finden:

<https://www.juraforum.de/lexikon/sozialstaat>

Die Linke hat als Oppositionspartei die Möglichkeit, dieses Thema immer wieder anzuschieben und auf die Tagesordnung zu setzen, so wie es im Parteiprogramm der Linken definiert wurde bei der Armutsbekämpfung. Denn unser Sozialstaat lässt seit 2004 Armut in Form von HARTZ IV zu. Dass das unschön ist, daran bestehen keinerlei Zweifel. HARTZ IV ist ein Konstrukt neoliberaler Politik der damaligen SPD und hat nichts als Unheil gebracht. Der angebliche Sinn und Zweck von HARTZ IV wurde weit verfehlt. Nun heißt es für die LINKE eben wortwörtlich dicke Bretter zu

bohren. Wir als LINKE müssen dringend da dran bleiben und das Ziel des neu zu schaffenden Arbeitslosengeld Plus als Reform voranbringen und als die neue Form der Armutsbekämpfung in der Öffentlichkeit kundtun.

Die rot-grün-gelbe Koalition in Berlin versucht nämlich, alles beim Alten zu belassen und dem Ganzen nur einen neuen Namen zu geben, wie z.B. BÜRGERGELD. Die Ampel will auch weiterhin den Neoliberalismus, der eine Geißel des Sozialstaats geworden ist, beibehalten und eben Armut statt Wohlstand salonfähig machen.

In den Links oben steht bereits die Antwort: Wir als Linke haben ein politisches Programm, das sich aus der Präambel im Grundgesetz ableiten lässt. So wie ich wurden viele andere im Wohlstand geboren und wuchsen in diesem auf und sehen nun mit an, wie es alles untergeht. Lasst uns nun gemeinsam zusammen dicke Bretter bohren und an diesem Thema dran bleiben. Nur dadurch unterscheiden wir uns nämlich zukünftig von allen anderen politischen Parteien.

Roberto Perez Hagen

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 01.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
online

Donnerstag, 10.03., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Gaststätte „Schweinske“, Möllner Landstraße 2

Montag, 14.03., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Dienstag, 15.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
online

Mittwoch, 16.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
LAB, Hansaplatz 10

Mittwoch, 16.03., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 24.03., 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
(digital, Livestream verfügbar)

Freitag, 25.3., ab 16:30 Uhr/

Samstag, 26.3., ab 9:15 Uhr

Landesparteitag (parteioffentlich)
Bürgerhaus Wilhelmsburg

April 2022

Dienstag, 05.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
online

Montag, 11.04., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 14.04., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Gaststätte „Schweinske“, Möllner Landstraße 2

Dienstag, 19.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
online

Mittwoch, 20.04. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9 (??)

Mittwoch, 20.04., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils
von 13 bis 15 Uhr:

Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet
Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer		
Jörg Otto		
Norbert Weber		
Petra Zepter		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX